



**RUND 2000 ILLEGALE FORDERN IN ANDERE EU-STAATEN GEBRACHT
ZU WERDEN**

Aufstand auf Lesbos: Pistorius will Krawall-MUFL aufnehmen

Von L.S.GABRIEL | Am Montag kam es erneut zu gewalttätigen „Protesten“ auf der griechischen Insel [Lesbos](#). Etwa 2000 Illegale verließen u.a. das Registrierungslager Moria, um die Inselhauptstadt Mytilini zu ziehen. Sie forderten, dass man sie sofort aufs griechische Festland und von dort weiter in andere EU-Staaten bringe.

Wie wir es aus vielen Videos der letzten Jahre kennen, wurden auch hier zum Teil sehr medienwirksam, kleine Kinder von hysterisch kreischenden und bollywoodmäßig in Ohnmacht fallenden Frauen in die Kameras gehalten.

Der griechische Staatssender ERT und die Nachrichtenagentur [Reuters](#) berichten, dass die Polizei Tränengas einsetzte, um den teils gewaltaffinen Mob aus Moria und dem Lager Kara Tepe auseinanderzutreiben.

Einige flüchteten über einen Hang, um nach Mytilini zu

gelangen, wo eine Gruppe sich offenbar für eine längere Belagerung einrichten wollte und versucht haben soll Zelte aufzubauen.

Beim Großteil der Aufrührer und Förderer handelt es sich offensichtlich um angebliche MUFL (minderjährige unbegleitete Flüchtlinge).

Genau diese Klientel ist es, die Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) so schnell wie möglich „[noch in diesem Winter](#)“ nach Deutschland holen möchte. Pistorius zeigt sich verständnisvoll gegenüber den Eindringlingen, die mit Gewalt durchsetzen wollen, dass man ihnen in der EU, vorzugsweise vermutlich in Deutschland, die soziale Hängematte zur Verfügung stellt. Es sei zu erwarten gewesen, dass diese Personen ihrer „Frustration Luft machen“. Ihm sei daran gelegen „eine humanitäre Katastrophe inmitten der EU wenigstens abzumildern“, sagt Pistorius.

Dass sich die diesen Wahnsinn mit ihren Steuergeldern zu finanzieren gezwungenen Bürger der EU vielleicht auch irgendwann einmal mit Gewalt „Luft machen“ könnten und es dann inmitten der EU zu kriegsähnlichen Situationen – die auch eine Katastrophe mit sich bringen würden – käme, daran denkt er offenbar nicht. Auf den von Eindringlingen besetzten griechischen Inseln Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios gingen schon Tausende [Menschen auf die Straße](#), um dafür zu kämpfen ihre Heimat zurückzubekommen.

Der Türkei-Deal – eine Farce

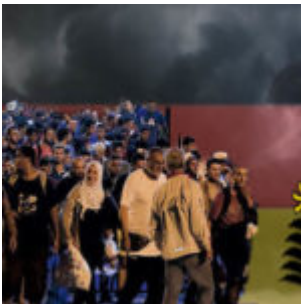
Im Grunde dürfte kein einziger Illegaler von der Türkei aus an den griechischen Inseln anlanden. Der Deal mit Erdogan verlangt, dass die Türkei dafür sorgt und jene, die es dennoch bis nach Griechenland schaffen zurückgebracht werden.

Die griechische Regierung hat Anfang des Jahres das Asylverfahren verschärft. Dennoch werden im Verhältnis viel

weniger Personen zurück in die Türkei geschafft, als von dort auf die Inseln kommen. Regierungschef Adonis Georgiadis [teilte kürzlich mit](#): „Wir schicken etwa 30 Migranten pro Tag zurück.“

Lächerlich, denn derzeit kommen immer noch täglich Hunderte Versorgungssuchende, die Erdogan in der Türkei auch nicht haben will und mit denen er den Druck auf die EU ausübt, nach Griechenland. Es ist ein Fass ohne Boden und nicht im Sinne Deutschlands arbeitende Politiker, wie Boris Pistorius sorgen dafür, dass immer mehr nachströmen, in dem Glauben, dass hier auf sie ein bequemes Leben wartet. Die „armen Kinder“, die Pistorius aufnehmen will, werden im Rahmen des Familiennachzugs zu ganzen Ballast Sippschaften, die unser Sozialsystem aushöhlen.

Wer wird Verständnis haben, wenn die Menschen hier ihrer Frustration einmal „Luft machen“ werden?



Die Luft wird dünn für Deutschland – eine kritische Bestandsaufnahme

Von EUGEN PRINZ | Es ist der 29. Januar 2020, 20.15 Uhr. An der Haltestelle in der Nähe eines Regensburger Einkaufszentrums steigt eine größere Gruppe Asiaten in den überfüllten Bus der Linie 12. Beinahe fluchtartig versuchen

jene Fahrgäste, die keinen Sitzplatz haben, möglichst viel Abstand zwischen sich und den Neuankömmlingen zu bringen.

Das Gesicht eines Mannes auf einem Sitzplatz in der unmittelbarer Nähe der Asiaten wird puterrot, weil er – verängstigt vom Coronavirus – versucht, möglichst wenig und möglichst flach zu atmen.

Episode II:

Zwei Tage später, um 15.39 Uhr, im eingangs erwähnten Einkaufszentrum: In den nächsten 17 Minuten gehen nacheinander fünf deutsche Rentner zu dem neben einer Sitzbank angebrachten Abfalleimer und durchsuchen ihn erfolglos nach Pfandflaschen.

Episode III:

Etwa zur selben Zeit in einem Drogeriemarkt des besagten Einkaufszentrums: Einer 18-jährigen Aushilfskraft – indigene Deutsche mit Realschulabschluss – wird aufgetragen, bereits reduzierte Ware nochmal um 50% herunterzuzeichnen. Es handelt sich ausnahmslos um glatte Beträge bis 50 Euro, also beispielsweise 14 Euro, 23 Euro, oder 46 Euro. Die junge Frau verwendet einen Taschenrechner, weil sie nicht in der Lage ist, 50% eines glatten zweistelligen Betrages im Kopf auszurechnen. Von den fassungslosen älteren Kolleginnen darauf angesprochen, zeigt sie sich verwundert über deren Entsetzen.

Die geschilderten Begebenheiten haben sich alle so zugetragen, wie beschrieben. Sie sind nur drei Facetten der düsteren Lebenswirklichkeit unseres Landes: Eine von den Medien manipulierte Bevölkerung, Altersarmut und gravierende Mängel in der schulischen Bildung der Jugend unseres Landes.

Deutschland rast mit 200 Sachen auf die Betonwand zu

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren wurden von jenen, die eigentlich einen Eid geleistet haben, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, eine ganze Reihe von einschneidenden

Fehlentscheidungen mit katastrophalen Auswirkungen getroffen.

Auf Kosten und zu Lasten der deutschen Steuerzahler und Sparer, die nun geradewegs in die Altersarmut taumeln, wurden wir zum Retter Griechenlands, des Euros und der Banken.

Ein durch einen Tsunami ausgelöstes Reaktorunglück im fernen Fukushima, bei dem nicht ein einziger Strahlentoter zu beklagen war, beendete die Versorgungssicherheit mit elektrischem Strom und treibt seither die Energiepreise von Jahr zu Jahr auf neue Rekordhöhen. Die „Energiewende“ ist zum Alptraum der Bürger geworden.

Das wohl gravierendste Ereignis zum Schaden unseren Landes ist die anfangs völlig unkontrollierte und nun staatlich organisierte Masseneinwanderung von kulturfremden Menschen aus den gewaltaffinen Krisenregionen des Erdballs.

Jene, die geglaubt hatten, nun könne es nicht mehr schlimmer kommen, mussten zur Kenntnis nehmen, dass mit der scheinbar wie aus dem Nichts plötzlich um sich greifenden Klimahysterie und den daraus resultierenden Umwälzungen der nächste Tiefschlag in die geschundenen Eingeweide Deutschlands geführt wird.

Von den Medien und der Regierung nach besten Kräften gefördert, verdrängt die Phantomdiskussion um das Klima alle tatsächlichen Probleme aus dem Bewußtsein der Schlafmichel und sorgt zur Freude der Regierungsparteien für weiteren Spielraum bei der Fortsetzung der Politik gegen das eigene Volk.

„Wann immer eine große Geschichte in den Medien ist, suche die Geschichte, von der sich Dich ablenken wollen!“

(Autor unbekannt)

Der „Point of no Return“ ist bald überschritten

Während die Augen der Schlafmichel gebannt auf das Thermometer

gerichtet sind, wird mit Negativzinsen ihr Sparkonto abgeschmolzen, ihr Sozialsystem zerstört, ihre Mobilität eingeschränkt und auf den Wegfall des Bargelds hingewirkt, damit sie der Ausbeutung nicht mehr entfliehen können und sich noch bessere Überwachungsmöglichkeiten ergeben. Es werden weiterhin jedes Jahr Schulabgänger mit viel linker Ideologie, aber wenig Wissen in einen Arbeitsmarkt strömen, der jedoch für die leistungsunwilligen und -unfähigen Opfer eines ideologisch dominierten, verfehlten Bildungswesens keine Verwendung hat, obwohl er nach qualifiziertem Personal lechzt.

Völlig geräuschlos und der bewussten Wahrnehmung der Schlafmichel entzogen, kommen weiterhin Jahr für Jahr über mannigfaltige Kanäle, Zuwanderer in der Anzahl einer Großstadt ins Land. Viele davon reihen sich ohne Umweg in das Heer der Kostgänger unseres Sozialsystems ein, während auf den Straßen die Rentner Abfalleimer nach Pfandflasche absuchen, um angesichts explodierender Kosten für Miete, Strom und womöglich [bald auch Lebensmittel](#) überleben zu können.

Dass die Zuwanderer auch überproportional häufig Eingang in die Kriminalstatistik finden, besonders bei Sexual- und Gewaltdelikten, soll nicht unerwähnt bleiben.

Jede einzelne dieser katastrophalen Fehlentwicklungen wäre in anderen Ländern mehr als Grund genug, die halbe Bevölkerung auf die Straße zu treiben. Nicht so in Deutschland.

Der deutsche Michel schläft, bis es zu spät ist

Bereits seit einigen Jahren ist klar, dass allenfalls nach einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung – sei es durch einen tagelangen, [Republik umspannenden Blackout](#) oder durch eine neue Finanz- oder Wirtschaftskrise – eine adäquate Reaktion der Bevölkerung an der Wahlurne oder auf der Straße zu erwarten ist.

Daher ist die Zeit zum Todfeind jenes souveränen Deutschlands geworden, dessen Symbol einmal die Deutsche Mark war, jenes

geliebte konservative Deutschland, in dem wir wirklich gerne und gut gelebt haben. Mit jedem Tag, der vergeht und an dem der gegenwärtige Status Quo aufrecht erhalten bleibt, verliert dieses Land ein weiteres Stück seiner Wettbewerbsfähigkeit, seiner Identität, seines Wohlstands, seiner Souveränität und seiner Freiheit.

Deutschlands größtes Unglück ist es, dass der Staat in diesen entscheidenden Jahren genügend Geld zur Verfügung hatte, die empfindlich spürbaren Auswirkungen dieser Umwälzungen größtenteils von der Masse der Bevölkerung fern zu halten. Das wird sich in den kommenden Jahren ändern. Doch es ist ein Wettlauf mit der Zeit, bei dem fraglich ist, ob wir ihn noch gewinnen können. Die Hoffnung, dass der Crash die Lösung bringt, hat ein Ablaufdatum. Ist dieses überschritten – und das wird in nicht allzu ferner Zukunft der Fall sein – wird er nur noch weiter zum Elend beitragen, aber kein reinigendes Gewitter mit einer Erlösung mehr bringen können.

Deshalb sollten wir jetzt unsere Anstrengungen verdoppeln und versuchen, auch jene zu erreichen, die bisher die Wahrheit nicht hören wollten, weil sie zu erschreckend oder zu unbequem ist. Es gilt, verstärkt aktive Überzeugungsarbeit zu leisten und dafür auch mal zu riskieren, in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Und ja, auch ein Gebet für das Wohl dieses Landes schadet nicht.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen

Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Ahoi Hochseekapitän Bedford-Strohm, ahoi!

Von WOLFGANG HÜBNER | Nun kann der Oberphrasendrescher des steuergeldmächtigen Politik- und Sozialkonzerns EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) endlich mit eigenem Schiff auf Kaperfahrt ins Mittelmeer aufbrechen, um dort Sozialasylanten aufzufischen und ins gelobte Land der Grenzöffnerin zu transportieren. Denn das von der EKD betriebene Bündnis „United 4 Rescue“ (Vereint fürs Retten) hat am Freitag für schlappe 1,5 Millionen Euro vom Bundesland Schleswig-Holstein das ausgediente Forschungsschiff „Poseidon“ gekauft. Die Bedford-Strohm-Arche aus Habeck-Country wird sich bestens eignen, die Lieferkette für die größte EKD-Konzernabteilung Diakonie und deren Asylbranche perfekt zu machen.

Denn darum geht es den Chefs in der skandalöser Weise immer noch ungedenderten EKD-Hauptresidenz von Hannover-Herrenhausen: Sie wollen für ihren hochprofitablen Geschäftszweig Migration endlich völlig unabhängig sein beim Nachschub von Versorgungsfällen aus aller Welt. Weil nach

Auffassung eines EKD-Mächtigen die Beschaffung dieses Nachschubs „eine staatliche Pflichtaufgabe“ ist, die aber „im Mittelmeer schon seit Jahren nicht wirksam wahrgenommen“ werde, seien nun „zivilgesellschaftliche Initiativen“ erforderlich. Mit anderen Worten: Wir volken um, wann und wie wir wollen!

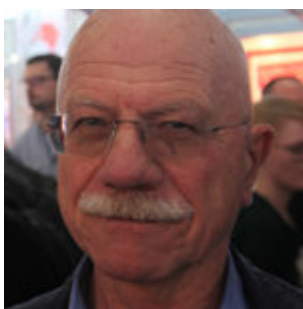
Mit immer noch über 20 Millionen Kirchenablass zahlenden Lämmern von Flensburg (viele) bis Mittenwald (wenige) ist die EKD ein politisch wie sozial sehr bedeutsames Unternehmen, das auch unverdrossen eine schrumpfende religiöse Abteilung mit vielen schönen Gebäuden in bester Immobilienlage unterhält. Das ist insofern gar nicht hoch genug anzuerkennen, weil viele evangelische Pfarrer*innen Funktionären oder Mitgliedern der Linkspartei/DKP/MLPD/Jusos verlässlich das Gefühl geben, anlässlich der Anwesenheit bei unvermeidlichen Taufen oder Beerdigungen nicht die einzigen Kommunisten in der Kirche oder am Grab zu sein.

Da auch Herr Bedford-Strohm aus dieser Schrumpfabteilung der EKD stammt, dürfte er mit der Erlangung des Kapitänpatents für die „Poseidon“ seinem sozialistischen Lebensziel nun ganz nahe kommen, nämlich dereinst als international rühriger Bestmensch sein irdisches Dasein höchst selbstzufrieden zu beenden. Und die Einsätze der „Poseidon“ werden Millionen afrikanischen Jungmännern neue Hoffnung machen, sich in die Meeresfluten zu wagen.

Leider, aber daran ist ja nicht die EKD, sondern die AfD samt all den Salvini schuld, werden diesen Lockruf aus Hannover-Herrenhausen etliche tausende schwarze Mitbrüder nicht überleben. Doch umso schöner, wenn in Bälde Hochseekapitän Bedford-Strohm nach dem ersten erfolgreichen Sozialasylanteneinsatz triumphalen Einzug in den Hamburger Hafen mit den glücklich Geretteten halten wird und von einem hochprozentigen Willkommenstrunk von Margot Käßmann begrüßt wird.

Die Diakonie mit ihren weit über 500.000 hauptamtlichen und rund 700.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern ist zu diesem Zeitpunkt in ihrer Migrations-Branche selbstredend längst bereit, sich vor den Kameras von „Tagesschau“ und „Heute Journal“ rührend um die Rundumversorgung der menschlichen „Poseidon“-Ladung zu kümmern. Später allerdings sind alle Steuerzahler in der Pflicht, für das weitere Wohlergehen der jungen Männer Sorge zu tragen. Schließlich geht auch jede Lieferkette der EKD einmal zu Ende.

Und Hochseekapitän Bedford-Strohm muss sich auf der „Poseidon“ dann längst mit seiner Crew und den Schiffsstudios von ARD und ZDF wieder auf den weiten Weg ins Mittelmeer machen, um an jenem jüngsten Tag, an den er allerdings so wenig glaubt wie fast sein ganzes Personal, aus tiefer Überzeugung sagen zu können: „Herr, war ich nicht ein so besonders guter, ja der allerbeste Mensch?“ Dass ihn danach dieser, wie unsereins den lieben Gott zu kennen glaubt, gleichwohl in eine besonders schlecht klimatisierte Abteilung der Hölle abkommandieren wird, ist schon wieder eine ganz andere Geschichte, die vielleicht demnächst einmal zu erzählen ist.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü

[bn](#)
[er](#)
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf

as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la
ng
jä
hr
ig
e

St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le

gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id

en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



Viele „Fachkräfte“ in Integrationskursen sind Analphabeten

Seit Jahren wird uns, mit tatkräftiger Unterstützung der Relotius-Presse, seitens des Systems Merkel erzählt, dass es sich bei den nach Deutschland gebetenen und eingeschleusten Ballastexistenzen um „dringend benötigte Fachkräfte“ handle. Das UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wollte uns sogar glauben machen, dass fast 90 Prozent der „geflüchteten“ angeblichen Syrer „[hochgebildet](#)“ seien. Hans-Eckhard Sommer, der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiß nun zu berichten, dass jeder sechste Teilnehmer eines Integrationskurses gar nicht lesen und schreiben könne. „Rund 17 Prozent der Teilnehmenden unserer Integrationskurse sind Analphabeten, ganz überwiegend sind dies Geflüchtete“ und nur etwa 13 Prozent dieser Personen erreichten dann das Sprachniveau B1, so Sommer gegenüber der „[Rheinischen Post](#)“.

[Sprachniveau](#) B1 bedeutet, dass man die Hauptinhalte verstehe, so eine klare Standardsprache verwendet wird und es sich um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. handelt und man die meisten Alltagssituationen sprachlich zu bewältigen im Stande ist. 40 Prozent erreichen das niederere Niveau A2.

Da es sich bei den genannten Zahlen aber nur um jene handelt,

die diese Kurse überhaupt besuchen, sind die wahren Zahlen vermutlich noch höher. Sommer sagt auch, dass man sich beim BAMF immer bewusst gewesen sei, „dass über den Fluchtweg nur wenige Fachkräfte ankommen“ würden. Dieses „Bewusstsein“ hat man dann aber entweder nicht Richtung Politik und Medien korrespondiert, oder, was sehr viel wahrscheinlicher ist, dort hat man schlicht gelogen.

Laut Sommer seien derzeit 450.000 der sogenannten Flüchtlinge arbeitssuchend gemeldet. Was wohl im Wortgebrauch nicht ganz richtig sein dürfte, denn es darf daran gezweifelt werden, dass diese Personen alle nach Arbeit suchen.

Aber nicht nur die mangelnde Grundbildung der Eindringlinge ist ein Problem: „Nur etwa 45 Prozent der Asylsuchenden haben Ausweispapiere dabei“, beim überwiegenden Teil sei man auf die Angaben der Personen angewiesen, gibt Sommer zu. Es wird dann über Handydaten versucht die Angaben zu prüfen, wenn man denn überhaupt an die Geräte kommt. In 61 Prozent dieser Fälle müsse man sich aber auf die Angaben verlassen, weil man schlicht keine Wege hat sie zu überprüfen.

Damit bestätigt Sommer, was vielen noch selbstständig Denkenden schon lange klar war. Im Grunde weiß niemand so recht, wer die Menschen, die ungestraft in unser Land eindringen, sind und welche oft kriminelle Vorgeschichte sie haben. Dennoch wird das Märchen von den „gut gebildeten, dringend benötigten Fachkräften“ weiterhin verbreitet werden.
(lsg)



Griechenland: Wasserbarriere gegen Illegale – Ungarn schießt gleich

Wie ein Akt der Verzweiflung wirkt, was Griechenland nun zur Abwehr illegaler Eindringlinge, die in Booten übers Mittelmeer kommen, plant. Schwimmende Barrieren, wie sie sonst genutzt werden, um zum Beispiel das Ausbreiten von Ölteppichen auf dem Wasser zu stoppen, sollen künftig Boote daran hindern auf griechisches Territorium und damit in die EU vorzudringen.

Die ca. eine halbe Million Euro teuren Barrieren und Netze sollen rund 2,7 km lang werden und Öffnungen für Touristenboote vorsehen. Die Installation soll einen halben Meter aus dem Wasser ragen und mit Lichtern Schiffe und Boote warnen. Zunächst soll die Barriere nur im Norden der Insel Lesbos errichtet werden. Infolge könnte man diese Maßnahme auch auf bis zu 15 km verlängern.

In Griechenland, besonders auf einstigen Urlaubsinseln, wie Samos und [Lesbos](#) leiden die Bewohner unter dem Ansturm der Eindringlinge. Die Touristen bleiben immer mehr aus, Gewalt gegen die Bevölkerung ist an der Tagesordnung. Erst vergangene Woche gingen auf den griechischen Inseln Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios Tausende [Menschen auf die Straße](#), um gegen die Lager zu protestieren. „Wir wollen unsere Inseln zurück, wir wollen unser Leben zurück“, stand auf den Transparenten.

Laut Verteidigungsminister Nikos Panagiotopoulos handelt es sich bei der Wasserbarriere [um einen Versuch](#). So klingt das auch: nach einem verzweifelten Versuch sich innerhalb der europäischen invasionsfördernden Politik und den entsprechenden Bestimmungen gegen den Ansturm zu wehren. Sinn macht es allerdings wenig, denn sobald die Boote die Sperre erreichen befinden sie sich bereits in griechischen Hoheitsgewässern, wo sie laut Seerecht „gerettet“ werden müssten. Die Blinklichter werden zusätzlich wie ein Leuchtturm den Schleppern den Weg weisen. Die ganze Idee wirkt wie ein verzweifelter Versuch die aufgebrachte Bevölkerung beruhigen.

In Ungarn geht man andere Wege. Als am Dienstagmorgen eine etwa 60 bis 70 Personen zählende Gruppe Illegaler versuchte die serbisch-ungarische Grenze am Übergang Röszke zu durchbrechen fackelten die Grenzschrützer nicht lange und gaben [Warnschüsse ab](#). Nur vier Personen schafften es über die Grenze, aber auch diese wurden bald darauf festgenommen. Danach gab es [medienwirksames Gejammer](#) seitens der Eindringlinge, die Grenzer hätten sie geschlagen.

Die ungarischen Behörden bleiben unaufgeregt, ob der angeblichen Menschenrechtsverletzung und nennen den Vorgang schlicht und vollkommen richtig einen „gewalttätigen Versuch, ins Land einzudringen“, der von „jungen, sichtbar organisierten Männern“ betrieben worden sei.

Sicher ist es an Land leichter eine Grenze zu schützen – so man dazu überhaupt willens ist – aber aktives Zurückdrängen der Eindringlinge wäre auch auf dem Wasser möglich. Australien [macht es schon lange vor](#). (lsg)



Deutschland bleibt Hauptziel für Asylbewerber

Von MANFRED ROUHS | Deutschland ist und blieb auch 2019 das wichtigste Ziel für Asylbewerber in der Europäischen Union. Mag die Bundesrepublik auch sonst seit Jahren ein Land im Niedergang sein: bei der Aufnahme von Asylbewerbern ist sie europaweit seit 2012 ununterbrochen Spitzenreiter. Diesen Trend bestätigen jetzt veröffentlichte Zahlen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex.

Demnach legte eine unbekannte Zahl von Asylbewerbern 2019 in 708.000 Fällen bei europäischen Behörden einen Asylantrag vor. Wie viele Menschen hinter dieser Zahl stehen bleibt ein Rätsel – weil sich manche Asylbewerber unter verschiedenen Namen mehrfach im gleichen Land oder in verschiedenen Ländern registrieren lassen. In Deutschland liefen 152.000 dieser Asylanträge auf. Frankreich baute allerdings seine Position auf dem zweiten Platz gegenüber dem Vorjahr aus und kam auf 126.000 Anträge.

Eine Frau macht Deutschland so attraktiv nicht nur, aber vor allem für Hunderttausende dynamische junge Männer aus aller Welt, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Es ist nicht Lena Meyer-Landrut und auch nicht Lena Gercke – sondern Angela Merkel.

Die weiß zwar genau, dass die alljährliche Aufnahme einer großen Zahl kulturfremder Menschen Deutschland schadet. Als

Abgeordnete im Bundestag sagte sie in einer Debatte 2002: „Das Maß des Zumutbaren ist überschritten, und Sie wissen das spätestens nach Pisa, dass in Deutschland völlig klar ist, bevor wir neue Zuwanderung haben, müssen wir erst einmal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern.“

„Das Maß des Zumutbaren“ wird seither jedes Jahr immer weiter und weiter überdehnt, aber das schert Merkel nicht mehr, seit sie Bundeskanzlerin ist. Marcel Leubecher, Politikredakteur bei der „Welt“, bringt die Unverantwortlichkeit ihrer Regierung [auf den Punkt](#):

„Dass die Bundesrepublik seit vielen Jahren Hauptziel in der EU ist, liegt auch an der besonders hierzulande inzwischen weit verbreiteten Haltung, dass es sich bei der Asylzuwanderung – überspitzt gesagt – um eine Art Ereignis handele, das eher verwaltet als gestaltet werden sollte. Sobald sie eingereist sind, sollen sie in der Regel rasch in die Gesellschaft integriert werden. Demgegenüber sind Stimmen, die der gesellschaftlichen Verantwortung vor allem über massive Unterstützung in den Herkunftsregionen nachkommen möchten, aber ein Ende der illegalen Migration als Massenphänomen fordern, in den Regierungsparteien kaum noch zu vernehmen.“

Nichts hat Deutschland in Friedenszeiten jemals mehr geschadet als die Pestepidemien des Mittelalters und der politische Gestaltungsunwille dieser Bundeskanzlerin. Die Pest allerdings war weniger hartnäckig als Merkel, sie wütete in unserem Land am stärksten zwischen 1346 und 1353 – Merkels Kanzlerschaft dagegen wütet jetzt schon im 15. Jahr, und jeder weitere Tag schadet Deutschland immens.



NRW: Vorzeige-„Flüchtling“ ermordet Nebenbuhler und legt Feuer

Von JOHANNES DANIELS | „Integration wird gelingen“ jubelte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek aus Ibbenbüren-Tecklenburg bei einer CDU-Diskussionsrunde zum Thema „[Flüchtlingssituation](#) in ihrem Wahlkreis Ibbenbüren-Steinfurt“.

Der Syrer Almahdi A. (26) galt bis vor einer Woche als einer dieser Vorzeige-„Flüchtlinge“ und war „bestens integriert“. Auch als „Gastmitglied“ einer ehemals großen Volkspartei im Wahlkreis der [integrativen Bundes-Bildungsministerin](#).

Er „flüchtete“ mit Ehefrau Tarsche (36) und der gemeinsamen Tochter vor drei Jahren nach Nordrhein-Westfalen, machte eine Ausbildung, engagierte sich in der „Integrations-Politik“ und bei der Feuerwehr. Doch der archaische Islam-Chip in seinem Hirn war stärker als seine tatsächliche Integrationsfähigkeit.

Am Sonntag stieg der „Schutzsuchende“ Almahdi nachts durch ein Fenster eines Hauses in der Ibbenbürener Wilhelmstraße und metzelte mit einem Fleischermesser einen irakischen Friseur mit gottgefälligem Salafistenbart nieder.

Als Mordmotiv wird „Eifersucht“ vermutet. Denn die Frau/das Eigentum des blutrünstigen Syrers wollte sich „nicht

integrieren“ und hatte wohl mit ihrem irakischen Friseur Shahram mehr im Sinn, als nur „waschen-föhnen-legen“. Nach dem heimtückischen Mord legte Almahdi Feuer, um die Spuren zu verwischen.

[BILD](#) rätselt:

Eine grausige, rätselhafte Bluttat in Ibbenbüren (NRW). Wegen heimtückischen Mordes sitzt Almahdi A. (26) in U-Haft. Am Sonntagmorgen soll der Syrer aus Tecklenburg den schlafenden Friseur Shahram K. († 31, Iraker) überfallen und erstochen haben. Warum nur?

Eine Bekannte des „Vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-Geflüchteten“ zeigte sich geschockt: „Er wollte sich unbedingt integrieren und tat alles dafür.“ Aber es soll Streit mit seiner Frau gegeben haben, sie wollte nicht arbeiten und Deutsch lernen. „Al-Almani“-Almahdi konnte das undeutliche Verhaltensmuster seiner zehn Jahre älteren Gemahlin nicht so ganz begreifen und „machte ihr Vorwürfe“: Tarsche lag ihm auf der Tasche – und dem deutschen Steuerzahler. Es kam zunehmend zu „Streitigkeiten“. Im Herbst 2019 trennten sich Almahdi und Tarsche – zeitweise schlief er in seinem grauen VW Golf. Aber vor knapp drei Wochen zog das Paar aus finanziellen Gründen wieder zusammen.

Kurz darauf ereignete sich die brutale Bluttat im Klinkerbau an der Wilhelmstraße. Zeugen hätten auch zuvor beobachtet, wie sich Almahdi mit seinem bärtigen Nebenbuhler gestritten habe. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, schweigt der Bestens-Integrierte zu Tathergang und Mordmotiv. „Nicht ausgeschlossen, dass die Frau von Almahdi A. eine Beziehung (möglicherweise nur freundschaftlich) zu Shahram K. hatte und ihr Mann nach der Versöhnung dahinterkam“, spekuliert BILD. Die ganze Wahrheit kann eigentlich nur Ehefrau Tarsche ans Tageslicht bringen, doch die könnte nach StPO von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen.

Der aufstrebende Lokal-Politiker wurde in seiner Wohnung in Tecklenburg festgenommen, eine Richterin erließ Haftbefehl wegen „Mordes und besonders schwerer Brandstiftung“. Bei dem Brand wurde eine weitere Person verletzt und die Bewohner stark gefährdet.

Die Süddeutsche Zeitung titelt [politisch korrekt](#):

Leichenfund bei Wohnungsbrand: 26-Jähriger in Haft



Tirol: Ein Bürgermeister greift durch – „Ab hier wird Deutsch gesprochen“

Alois Oberer ist Bürgermeister der Marktgemeinde Reutte im Tiroler Außerfern. Er hat genug vom babylonischen Sprachenchaos der nicht integrierten Migranten und greift nun, zumindest in den Kindergärten, zu einer Maßnahme, die ihm wohl noch jede Menge Ärger einbringen wird. An den Eingangstüren der Betreuungsstätten prangt nun die unmissverständliche Botschaft: „Liebe Eltern, ab hier wird Deutsch gesprochen!!“

Rund 65 Prozent der Kinder in den Tagesstätten haben nicht Deutsch als Muttersprache und es sind in den meisten Fällen nicht die Eltern, die diesen Kindern die Sprache des Gast-

oder Aufnahmelandes beibringen. Es sind die Pädagogen, die sich abmühen den Kleinen Deutsch beizubringen, was mit Kindern dieses Alters in der Regel auch ganz gut funktioniert.

Das wirkliche Problem aber sind die Eltern, die beim Bringen und Abholen die Einrichtungen in einen Turm zu Babel verwandeln. Da tobt dann im Übergabebereich ein Sprachengewirr aus unzähligen Ländern. Es werde alles gesprochen, nur nicht Deutsch, berichtet die „[Tiroler Tageszeitung](#)“ und es gibt enorme Verständigungsprobleme zwischen den Betreuern und den Eltern.

Das soll sich nun ändern. Dieser Wunsch ist nachvollziehbar, doch ist zu befürchten, dass dieser zu begrüßende und in Zeiten wie diesen mutige Ansatz des Bürgermeisters, ihm mehr Probleme seitens der Nazikeulenschwinger als Erfolg bei der Durchsetzung einbringen wird.



Finnland: Abgelehnter Asyl-Pali tötet junge Finnin

In der südfinnischen Stadt Hämeenlinna alarmierten in der Nacht auf Dienstag Nachbarn der jungen Finnin Sanni Ovsaka die Polizei, weil eine große Menge Blut unter der Eingangstür zur Wohnung der Frau hervorfloss. Nur wenige Medien berichten über den Fall, offenbar ist man bemüht die grausame Tat zu

vertuschen. Bisher ist lediglich bekannt, dass es sich bei dem Täter um Hasan Alqina, einen abgelehnten palästinensischen Asylforderer handeln soll.

Laut [MTV-Finnland](#) hat der Täter sich nach der Tat selbst gerichtet. Unbestätigten Quellen zufolge soll die junge Frau geköpft worden sein, wofür auch die Menge an Blut spricht, das bis in den Flur des Treppenhauses floss.

Alqina soll 2015 nach Finnland gekommen sein. Der Bodybilder soll [Verbindungen zu Hamas-Sympathisanten](#) gehabt haben.

Das Opfer hatte wohl eine Beziehung mit dem Moslem und wollte sich trennen. Sanni Ovsaka soll eine [Pro-Asyl-Aktivistin](#) mit Hass auf weiße Männer gewesen sein, was die Tat allerdings nicht weniger grausam macht.

In den vergangenen Jahren wurde Finnland immer wieder von ähnlich gelagerten Fällen heimgesucht, meistens läuft es wie in diesem Fall. Es wird kaum berichtet und die Auskünfte der Polizei sind mehr als dürftig. Angeblich soll es Anfang kommender Woche mehr Informationen geben. (lsg)



Erfurter Kita verbietet

Faschingsverkleidung

Anders als in einem [vergleichbaren aktuellen Fall in Baden-Württemberg](#), bei der ein Kindergarten Fastnacht wegen Unvereinbarkeit mit „christlichen Werten“ abgeschafft hat, verbietet eine Thüringer Kita am Fasching 2020 aus „kultursensiblen“ Gründen jegliche Verkleidung der von ihr betreuten Kinder.

Denn die Einrichtung wird auch von Kindern besucht, die das Faschingsfest nicht kennen und die sich erschrecken könnten, wenn plötzlich und unerwartet ein „Cowboy“ oder ein „Indianer“ vor ihnen steht. Das könnte man für einen bösen Scherz halten, aber so steht es tatsächlich in einem [Rundbrief des „Campus Kinderland“](#) in Erfurt.

Stattdessen verweist die Einrichtung darauf, bereits am 17. Januar habe eine Veranstaltung stattgefunden, an der die Kinder verkleidet teilnehmen konnten. Das solle für dieses Jahr genügen. Erscheint am Rosenmontag oder am Faschingsdienstag trotzdem ein Kind verkleidet, dann werde die Verkleidung abgenommen und „im Fach des Kindes“ verstaut.

Gleichzeitig wird [Thilo Sarrazin](#) aus der SPD ausgeschlossen, weil er behauptet: „Deutschland schafft sich ab“ – Der Beweis dafür, wie sehr er recht hat, wird gerade in Erfurt erbracht!

In den [sozialen Netzwerken des Kita-Betreibers](#) machen die Eltern der betroffenen Kinder klar, was sie von der Maßnahme halten:

„Ich frage mich, was von der deutschen Kultur noch übrig bleibt.“

„Deutschland wird bunter, Traditionen fallen □ “

„Die haben doch echt nicht mehr alle. Vielleicht müssen unsere Kinder bald noch Ramadan machen. Das fehlt noch. “

„Der Wahnsinn im Lande kennt langsam keine Grenzen mehr.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Träger der Kitas sind Einrichtungen, die vom Staat getragen werden. Und der versucht unter den derzeit (noch) bestehenden politischen Verhältnissen offenbar, die Bevölkerung von ihren kulturellen Wurzeln abzuschneiden. Dies aber ist schon der DDR-Führung nicht gelungen, und auch der aktuelle Anlauf zur kulturellen Gleichschaltung wird am Widerstand des Volkes scheitern!

Kontakt:



Katalin
Buri.

[Campus-Kinderland](#)

Leiterin: Katalin Buri

Saalestr. 5 / 6

99089 Erfurt

Tel.: 0361 7371851

E-Mail: katalin.buri@stw-thueringen.de



Stockholm: Bombenterror erreicht Salonlinke

Von ALSTER | Sprengstoffattentate sind in Neu-Schweden alltäglich. „Letzte Nacht in Schweden“, twitterte Donald Trump 2017, und wurde (nicht nur) vom schwedischen Establishment verspottet. In Neu-Schweden passiert inzwischen jede Nacht Schreckliches. Er hätte nur „Jede Nacht in Schweden“ sagen müssen. Die Masseneinwanderung, Islamisierung und der [hochgradige Multikulturalismus](#) verwandelt Schweden – Straße für Straße, Stadtteil für Stadtteil, Stadt für Stadt. Man weiß, dass die Täter aus Einwandererfamilien stammen, aber die Herkunft der Täter wird nicht genannt.

Der Migrantenterror erreicht die Salonlinken im feinen Stadtteil

Bisher fand der Bombenterror in den Vorstädten oder in Malmö statt. Diesmal, am 13. Januar, platzierten Migrantengruppen eine Bombe im feinen [Stadtteil Östermalm](#), dort, wo viele linke Journalisten und die sonstige „Elite“ wohnen, die die Migrantengewalt verschwiegen, vertuscht oder gar verursacht haben. Die Mehrheit der Einwohner in Östermalm wählt Parteien, die für Masseneinwanderung und Multikulturalismus eintreten.

Ganz in der Nähe der öffentlich rechtlichen Fernsehanstalt SVT und des Wohnorts vom bekannten Journalisten Alex Schulman, der gerade den Schwedendemokraten [Matthias Karlsson](#) mit den Faschistenmördern der dreißiger Jahre verglichen hat, detonierte die Bombe. Wie schon der Fachbuchautor und Journalist [Eugen Prinz bei PI-NEWS](#) mutmaßte:

Der Zeitpunkt rückt näher, an dem auch die Salonlinken das auslöffeln müssen, was sie angerichtet haben.

Polizei will Militärhilfe

Nur etwa eine Viertelstunde später detonierte eine weitere Bombe in Uppsala. Die Bombe in Östermalm erhielt mehr Aufmerksamkeit als die Bomben anderswo. Vielleicht, weil viele der Medienleute in der Stockholmer Innenstadt leben. Der nationale Polizeichef Anders [Thornberg meinte](#), dass die Hilfe der Streitkräfte vonnöten sei, da Schweden von einem eskalierten Grauzonenproblem betroffen sei. Er glaubt, dass die Grenze zwischen Krieg und Frieden diffus ist.

Die evakuierten Bewohner sprachen von einer Kriegszone; es grenzte an ein Wunder, dass niemand verletzt oder getötet wurde. Aber Schrecken haben die Angreifer erfolgreich in ihre Herzen geworfen (Koran z.B. Verse 3,51; 8,11; 8,60)

Zwei neuerliche Bombenexplosionen und Plündereien

Eine Woche später, am 21.01, detonierten innerhalb von 14 Minuten in der Nacht zum Dienstag Bomben in Kista und 500 Meter entfernt in Husby im Nordwesten von Stockholm. Diesmal gab es einige Verletzte, und eine Person musste ins Krankenhaus. Mindestens 50 Bewohner der stark beschädigten Mehrfamilienhäuser [wurden evakuiert](#). Die Schäden sind immens und erinnern an Beirut, und inzwischen tun Diebe ihr Möglichstes, um in die nach der Explosion leer stehenden Wohnungen der Evakuierten zu gelangen. Sie gaben sich als Putzfrauen aus und behaupteten, von einer Reinigungsfirma zu kommen. Auch falsche Handwerker [plünderten Wohnungen](#).

Nach Angaben des Kriminalpräventionsrats ereigneten sich allein in den ersten elf Monaten des Jahres 2019 in Schweden 236 Bombenanschläge. Die Entwicklung in Schweden ist in der westlichen Welt noch(!) beispiellos und hat Ähnlichkeiten mit Ländern, die sich im Bürgerkrieg befinden.

Schweden will nur weiter „untersuchen“

Nach den wiederholten Bombenanschlägen in Schweden wird nun ein nationales sogenanntes Bomben-Datenzentrum eingerichtet, in dem die Polizei, die schwedischen Streitkräfte und Säpo

(Sicherheitspolizei) zusammenarbeiten werden. Es ist ein weiteres Beispiel für das neue schwache Schweden, ganz ähnlich wie etwa bei uns: Beobachtung, Kartierung, Dokumentation und Untersuchung. Es [reicht offenbar aus](#), die Auflösung eines Landes zu dokumentieren.

Nochmal [Eugen Prinz – PI-NEWS](#):

Wenn wir in Deutschland das Ruder nicht bald herumreißen, werden wir in nicht allzu ferner Zukunft ebenfalls in einem Land der Bomben und Sprengsätze leben und zu einem „Shithole-Country“ verkommen.



LG München: Moslemischer Kirchen-Attentäter „psychisch krank“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Moslem Mohamed B. aus Somalia hatte am Ostersonntag des vergangenen Jahres die St.Paulskirche in München überfallen und eine Massenpanik ausgelöst ([PI-NEWS berichtete](#)). Er schrie das übliche „Allahu Akbar“, dem dann bekanntermaßen häufig ein tödlicher Terroranschlag folgt. Dazu gab es einen lauten Knall, weil er einen schweren Stein in die Kirche geschleudert hatte. Eintausend Christen gerieten in der Kirche in Panik und

flüchteten in Todesangst. Frauen und Kinder stürzten zu Boden und mussten fürchten, von der verängstigten Menge zu Tode getrampelt zu werden. Der Moslem skandierte auch noch „Ich verbrenne euch alle Christen in dieser Kirche“, was unheilvoll an Vorgehensweisen von radikalen Moslems im Islamischen Staat erinnern musste.

Vor dem Landgericht München I fiel nun das Urteil. Ein Sachverständiger hatte den Moslem zuvor als „schuldunfähig“ eingestuft. Er sei „psychisch krank“. An was er leidet, kann man nur vermuten. Eine Überdosis Koran abbekommen? Zuviel Hass auf Christen aus seinem „Heiligen Buch“ aufgesogen? Der 37-jährige Mohammedaner wird nun in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Wie die Behandlung wohl aussehen mag? Ent-Radikalisierung vom islamischen Hass gegen alle Andersgläubigen? Eine Art Ent-Islamifizierung, wie es auch die Chinesen an fanatischen Uiguren-Moslems vornehmen? Wohl kaum. Vielmehr dürfte der Merkel-Gast mit viel Verständnis für seine „traumatischen“ Erlebnisse im Zusammenhang mit seiner „Flucht“ fürsorglich umsorgt werden.

Seine „psychische Krankheit“ hat ihn aber ganz offensichtlich nicht daran gehindert, äußerst planvoll und gezielt aus Somalia in jenes Land der Ungläubigen zu „flüchten“, in dem die meiste Beute zu erwarten ist. Aufgrund des überaus großzügigen Sozialsystems und der bis zur Selbstaufgabe grenzenden Einstellung weiter Teile der Bevölkerung, alle Menschen herzlich willkommen zu heißen, die an der Grenze einigermaßen unfallfrei „Asyl“ herausbringen.

Für die zumeist kroatischen Christen wurde die Begegnung mit dem „Schutzsuchenden“ zum Alptraum. Zeugin Susanna B. beschrieb den Horror [laut Bericht](#) von „Rosenheim 24“ vor Gericht so:

„Der Gottesdienst ging schon 20 Minuten“, erzählt sie. „Plötzlich habe ich gehört, wie jemand schreit. Es gab einen Knall. Dann haben alle nur noch versucht, rauszurennen.“ Von

einer Sekunde auf die nächste herrscht Chaos in der Kirche. Weil die Gänge eng sind, gibt es viele Zusammenstöße. Am Ende liegen etliche Gottesdienstbesucher am Boden, andere werden eingequetscht. „Ich hatte Schmerzen, aber konnte mich nicht bewegen“, schildert Suzana R. „Einige Leute sind auf mich gefallen, andere trampelten über mich. Es war schrecklich. Ich dachte, jetzt sterbe ich.“

Weinend berichtet Suzana R. über den Osterabend. Mehrfach muss sie ihre Aussage vordem Landgericht unterbrechen –noch heute leidet die Erzieherin unter dem Vorfall. „Ich habe seitdem große Angst, mich in Menschenmengen zu bewegen, und meide den Öffentlichen Nahverkehr.“ Verständlich, denn im Gedränge der Kirche hatte Suzana R. minutenlang nicht nur Angst, sondern fühlte sich auch völlig hilflos. Ersthelfer versorgten die Erzieherin später vor der St.-Pauls-Kirche, während die Polizei den Täter, Mohamed B., verhaftete.

Der christenfeindliche „psychisch kranke“ Mohammedaner hatte zuvor gegen eine Seitentür der Kirche getreten. Vier Ministranten mussten mit vereinten Kräften die Tür gegen den moslemischen Angreifer zuhalten, einer schloss sie schließlich ab. Aber Mohamed terrorisierte weiter. Er griff drei Pflastersteine, ging damit zum Seitenflügel des Haupteingangs und griff im Innenraum einen Gottesdienstbesucher an. Dieses Horrorszenario von attackierenden „psychisch kranken“ Moslems müssen Christen in islamischen Ländern häufig erleben.

Am 1. Mai vergangenen Jahres hatte die AfD an der Paulskirche in München eine Kundgebung zur Erinnerung an den islamischen Anschlag am Ostersonntag veranstaltet. Münchner „Anti“-Faschisten, die ein solcher Anschlag augenscheinlich nicht stört und offensichtlich auch nicht den dabei verletzten Kroaten gedenken wollten, bliesen aus welchen Gründen auch immer zur Gegendemo. In dem Video des [PI-Berichtes ist zu sehen](#), wie sie versuchten, die Kundgebung zu stürmen.

Auf diese Weise unterstützen linksextreme Faschisten die Unterwanderung unseres Landes durch Islamfaschisten. Brüder im Geiste, wie auch schon im Pakt der linksextremen National-Sozialisten mit dem Politischen Islam. Es wiederholt sich, nur unter etwas anderen Vorzeichen. Nun sind die Sozialisten rot statt braun.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Neubrandenburg: Syrer versucht Polizisten abzustechen

Am Montagabend versuchte ein syrischer Staatsbürger einen 34-jähriger Polizisten im Neubrandenburger Polizeihauptrevier mit einem Messer anzugreifen.

Laut [Polizeibericht](#) habe sich der Beamte im Vorraum des Reviers aufgehalten, als es gegen 19.45 Uhr an der Eingangstür klingelte. Der Polizist öffnete die Tür, der 23-jährige Angreifer habe plötzlich ein Messer gezückt und damit nach dem Beamten gestochen. Der konnte dem Stich gerade noch ausweichen und die Tür rasch wieder schließen.

Danach verwickelte er den Täter in ein Gespräch und Kollegen, die sich vom Hof aus der Szene näherten, konnten den Syrer festnehmen, heißt es.

Später stellte sich heraus, dass der VIP-Gast der Kanzlerin aus einer Psychiatrie geflohen war, wo er nach gerichtlicher Entscheidung untergebracht gewesen war. Das lässt darauf schließen, dass er schon mindestens einmal polizeilich in Erscheinung getreten war.

Unsere Gerichte entscheiden sich bekanntlich gerne dafür, die importierten Gewalttäter in Kliniken statt in Gefängnisse zu stecken, wo die Sicherheitsvorkehrungen offenbar viel zu lasch

sind. Da wundert es nicht, wenn der Messermann dann vor der Tür steht.

Der Täter wurde übrigens wieder nicht in Haft genommen, sondern in eine Klinik gebracht.



Wien: Moslem in empört über nackte Frau in der Badegarderobe

Dass Moslemfrauen sich vom anderen Geschlecht gestört fühlen und daher Bäder in Tradition der Apartheid das Schwimmbad temporär männerfrei machen ist mittlerweile, im Zuge der politisch geförderten Islamisierung, nichts Neues mehr. Allerdings werden auch die islamischen Frauen nun offenbar immer dreister in ihrem Bestreben die Scharia einzuführen. Wie erst jetzt publik wurde, soll es in einem Hallenbad in Wien-Simmering vor einigen Wochen zu einer Auseinandersetzung zwischen einer 57-jährige Wienerin und einer Burkiniträgerin gekommen sein. Die Schariabraut fühlte sich durch die Nacktheit der Frau im Umkleidebereich belästigt.

Susanne S. wollte sich nach dem Schwimmen in der Frauengarderobe umziehen, wobei sie natürlich kurzfristig nackt war. Da wurde sie von der Frau im Burkini, die in Begleitung ihres kleinen Sohnes war, aufgefordert, sich wo

anders umzuziehen, denn ihre Nacktheit sei ihr unangenehm und wäre auch schlecht für ihren Sohn. Die 57-Jährige, die seit Jahren Gast in dem Bad ist, wo sie noch nie Probleme dieser Art hatte, staunte nicht schlecht.

Sie erklärte der Verhüllten, dass sie keinen Grund sehe, sich zu fügen. Stattdessen konterte sie, fühle sie sich durch deren islamische Ganzkörperbadekleidung belästigt. „Ich entgegnete ihr daraufhin, dass ich Atheistin bin und sie deshalb bitte, den Burkini auszuziehen, da mir dieses Kleidungsstück unangenehm sei, weil ich von Religion nicht belästigt werden möchte und ihr Outfit der in Österreich üblichen Badekultur nicht entspricht“, so die Wienerin

Daraufhin soll es zu einer lautstarken Auseinandersetzung gekommen sein. Später ging bei den Wiener Bädern eine offizielle Beschwerde ein.

Das Gesetz und die Badeverordnung sehen vor, dass zwar die Schwimmhallen in den Wiener Bädern nicht nackt betreten werden dürfen, aber in den Garderoben darf man beim Umkleiden sehr wohl nackt sein. Wie sonst auch käme man aus den nassen Badeklamotten.

Gescheiterte rot-grüne Ausländerpolitik

Dominik Nepp, der geschäftsführende Wiener FPÖ-Obmann und Vizebürgermeister empfindet das Ansinnen der Moslemin [als Unverschämtheit](#): „SPÖ und Grüne haben es in Wien weit gebracht, wenn jetzt integrationsunwillige radikal islamische Zuwanderer der eigenen Bevölkerung vorschreiben wollen, was sie zu tun und lassen haben. Genau vor diesen dramatischen Entwicklungen hat die FPÖ immer gewarnt, während SPÖ-Bürgermeister Ludwig und die Grünen diese Zuwanderer in unsere Stadt eingeladen haben. Wer unsere mitteleuropäischen Sitten nicht akzeptiert und sich hier nicht anpassen will, ist in dieser Stadt unerwünscht. Diese Islamistin sollte Wien besser heute als morgen verlassen. Denn in ihrer Heimat kann sie ihre

radikalen Islam-Fantasien gerne ausleben, aber hier nicht“, so Nepp.

Außerdem fordert der FPÖ-Politiker ein Burkini-Verbot in allen Wiener Bädern, denn oft würden diese Kleidungsstücke nicht den hygienischen Vorschriften entsprechen. Auch hätten solche Verhüllungen in unserer freien Gesellschaftsordnung nichts verloren, betonte er.

Die Wiener Bäder hätten die Sache wohl lieber unter der Decke gehalten, zumal man sich durch das Gestatten von Schariakleidung dem Islam ja geradezu andient. Was aber, wie in anderen Bereichen auch, nur dazu führt, dass die islamischen Herrenmenschen ihr Territorium immer weiter auszudehnen versuchen, um Schritt für Schritt dem Islam und der Scharia immer mehr Raum abzurufen. (lsg)



Wie viel tut Boris seiner Doris zuliebe?

Soviel ist klar, sie sind ein Paar: Boris Pistorius (59), gescheiterter SPD-Chef-Kandidat, aber immer noch Niedersächsischer Innenminister, und Doris Schröder-Köpf (56, SPD), Ex-Gattin des Altkanzlers, Landtagsabgeordnete und niedersächsische Migrationsbeauftragte. Was auffällt: Boris ist verliebt in Themen, die auch seiner Doris am Herzen

liegen. Wie viel gegenseitiges privates Herzblut steckt in diesem politischen Parshipping?

Natürlich kann die Boris-Doris-Politik purer Zufall sein. Aber es gilt auch der Spruch, dass hinter jedem starken Mann eine starke Frau steht. Zum Beispiel galt Michelle Obama als heimliche Herrscherin ihres Präsidenten. Hillary und Bettina wären zu nennen. Aber gilt das auch für Doris und Boris? Eine Spurensuche:

Der MUFL-Konsens

Boris-Doris-Konsens 1: Der Innenminister will „100 bis 200 unter 14-jährige Kinder (sog. MUFL, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge) nach Deutschland“ holen, sagte er in einem aktuellen [Welt-Interview](#). Ein edles Anliegen, das bisher keiner seiner Landesinnenminister-Kollegen so konsequent auf der Agenda hat. Erst kürzlich war Pistorius mit großem Gefolge nach Griechenland geflogen, um Erdogans Auffanglager auf griechischem Hoheitsgebiet persönlich in Augenschein zu nehmen. Er wolle sich dafür einsetzen, dass Kindern und Jugendlichen von Deutschland aus geholfen wird, sagte er, obwohl das gar nicht seine Hauptaufgabe ist.

Selbstverständlich [begrüßte auch Doris Schröder-Köpf](#) als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe und Gastmitglied der Härtefallkommission bei Boris' Innenministerium diesen Vorstoß ausdrücklich und gab Schützenhilfe: „Wir können unsere Augen vor dem großen Leid dieser Kinder nicht verschließen und müssen uns mit allen Mitteln für ihren Schutz einsetzen. Wenn Niedersachsen hier vorangeht, ist das ein wichtiges Signal.“

Der Big-Brother-Konsens

Boris-Doris-Konsens 2: Der Innenminister wird im o.g. Welt-Interview gefragt: „Ihre Partnerin, die niedersächsische Landtagsabgeordnete Doris Schröder-Köpf, hat gerade angekündigt, ab sofort gegen jegliche [Drohung in den sozialen](#)

[Netzwerken](#) juristisch vorgehen zu wollen. Ist das der richtige Weg? Raten Sie das auch anderen Betroffenen?

Antwort Pistorius: „Ja. Ich kann das nur jedem empfehlen.“ Boris will hier richtig aufrüsten, damit seiner Doris und anderen die nötigen Instrumente an die Hand gegeben werden und den Hasspredigern mal richtig gezeigt wird, wo der Hammer hängt. Es ginge nicht, dass nur die sozialen Netzwerke wie Twitter oder Facebook zu mehr Transparenz und Beschwerdemöglichkeiten verpflichtet werden. Das müsse auch für die Kommentarleisten und Chatfunktionen zum Beispiel von Spieleplattformen wie Twitch gelten.

Er werde einen Antrag einbringen, der die Betreiber von Internetplattformen gesetzlich dazu verpflichtet, ihre User zu identifizieren. Es müsse klar sein, dass jeder, der im Internet die Grenzen des Strafrechts überschreitet, leichter und schneller verfolgt werden kann. „Den Behörden muss in solchen Fällen die Gelegenheit gegeben werden, Namen und Adresse des Nutzers zu erfragen, nicht nur die IP-Adresse“, sagte Boris ganz im Sinne von Doris.

Wie es scheint, politisch-parshippen hier zwei Politiker für ein anständiges Deutschland. (RB)